

## B-04

**Beschluss:** Erledigt durch Annahme von L-04 in Fassung Antragskommission

### Chancengleichheit

Die SPD will allen Menschen in Deutschland die Chance geben, den eigenen beruflichen Weg frei und selbstbestimmt zu wählen; unabhängig vom Geldbeutel und/oder Bildungsgrad der Eltern. Herkunft, Geschlecht, Sexualität, Religion und sozioökonomisches Umfeld sollen nicht weiter darüber bestimmen, wer eine akademische Laufbahn einschlagen kann, einen Ausbildungsberuf ausübt oder einen ganz anderen, eigenen Weg wählt.

Wir versprechen: Wer sich anstrengt, wird nicht an den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses oder fehlenden Bildungsressourcen scheitern. Eine SPD-geführte Regierung wird die (auch Hochschul-) Ausbildung von Kindern aus finanziell schlechter gestellten Familien und Familien ohne akademischen Hintergrund von frühester Kindheit an fördern. Ihren Eltern geben wir die Sicherheit, dass diese Ausbildung kein finanzielles Risiko darstellt, sondern eine Chance zum Aufstieg.

Weil sich ungleiche (Bildungs-) Chancen bereits im frühen Kindesalter zeigen, unterstützt die SPD den gesamten Bildungsweg von der frühkindlichen Förderung bis zur beruflichen Fort- und Weiterbildung; von der kostenlosen Kita bis zur handwerklichen Meister-Ausbildung oder zur Promotion. Wir bauen ein System auf, das Kinder, die aufgrund ihrer Herkunft geringere Bildungschancen haben, besonders fördert und sie befähigt, selbstbestimmt über den eigenen Bildungs- und Berufsweg zu entscheiden.

#### 1. Verschlussene Türen öffnen

„In keinem anderen Industrieland ist die soziale Herkunft so entscheidend für den Bildungserfolg wie in Deutschland“, heißt es im OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ 2018. Die soziale Durchlässigkeit der bundesdeutschen Gesellschaft ist niederschmetternd gering. Aufstiegschancen hängen erheblich vom sozioökonomischen Milieu der Eltern ab. In der Auswertung der letzten PISA-Studie (2015) heißt es: „Auch wenn die Abstände im Kompetenzniveau zwischen sozialen Schichten in den letzten Jahren kleiner geworden sind, bleibt das Bemühen um eine Verringerung sozialer Disparitäten des Kompetenzerwerbs und der Bildungsbeteiligung nach wie vor eine der vorrangigen bildungspolitischen Aufgaben.“

Der Anteil der Menschen mit Abitur ist seit 2006 zwar von 34 auf 42 Prozent gestiegen, die Kluft zwischen den sozialen Klassen jedoch wird immer größer.[1] Soziologen beschreiben das mit dem Begriff Fahrstuhleffekt: Im Laufe der Jahre steigen fast alle – als Folge von politischen Reformen, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen etc. – eine Etage auf, der Abstand zwischen den Menschen verkleinert sich jedoch nicht. Die Aussicht für alle hat sich verbessert, so dass die Ungleichheit oft nicht mehr so stark wahrgenommen wird. Der Soziologe Ulrich Beck sagt dazu: Es gibt „bei allen sich neu einpendelnden oder durchgehaltenen Ungleichheiten ein kollektives Mehr an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massenkonsum“. Genau hingeschaut bedeutet das: Die Anhebung des allgemeinen Lebensstandards hat, auch wenn alle eben gleich viele Stockwerke höher gefahren werden, nicht für alle dieselbe Bedeutung: Während dies für einige Bevölkerungsteile den erstmaligen Kontakt zu ‚höherer Bildung‘ und Massenkonsumgütern wie Autos, Wohnungseigentum usw. ermöglicht, bedeutet für andere dieser Zuwachs nur ein ‚Mehr desselben‘ – also Zweitwohnung, Zweitwagen etc.

Die Schere mag sich in den vergangenen Jahrzehnten leicht reduziert haben, doch auch heute studieren nur 27 Prozent aller Kinder aus Familien ohne akademische Ausbildung, während es bei Akademikerkindern 79 Prozent sind. Wenn Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien es bis in die Oberstufe schaffen, tun sie dies deutlich häufiger an berufsbildenden Schulen als Kinder von Akademikern. Der Anteil von Familien an der Gesamtbevölkerung, bei denen mindestens ein Elternteil einen akademischen Abschluss hat, beträgt 28 Prozent; aber 53 Prozent der Studienanfänger\*innen kommen aus diesen Familien. Familien, bei denen mindestens ein Elternteil über einen beruflichen Abschluss verfügt, machen 53 Prozent der Bevölkerung aus; unter den Studienanfänger\*innen finden sich aber nur 30 Prozent aus diesen Haushalten.[2]

Dabei werden die Grundlagen für die ungleichen Bildungschancen schon in der frühkindlichen Entwicklung gelegt: Die PISA-Studie 2001 ergab, dass der Wortschatz von Mittelschichtskindern bereits im Alter von drei Jahren dreimal so groß ist, wie der von Kindern aus der Unterschicht. Die zunehmende Segregation in Großstädten ist ein maßgeblicher Grund dafür, dass Kinder der Ober- oder Mittelschicht deutlich häufiger das Gymnasium besuchen als Kinder aus unteren Schichten, zum Beispiel Kinder von Facharbeiter\*innen.[3]

**Wir werden deshalb die frühkindliche Förderung massiv ausbauen: angepasst an die sozialräumlichen Voraussetzungen.**

## 2. Kinder individuell fördern: von Anfang an

Für uns ist die Kita bereits eine Art Vorschule, die den Anspruch haben sollte, ungleiche Bildungschancen weitgehend auszugleichen. Deshalb wollen wir eine kostenlose Vorschul-Pflicht einführen. Um die Akzeptanz dafür zu erhöhen, erhalten Eltern vor Ort das Angebot einer Familienberatung. Selbstverständlich ganztätig und selbstverständlich kostenfrei.

Von entscheidender Bedeutung ist für uns Sozialdemokrat\*innen, dass alle Kitas eine standardisierte und dem Sozialraum angepasste personelle und materielle Ausstattung erhalten. In Gebieten mit erhöhtem Anteil sozioökonomisch schlechter gestellter Familien erhöhen wir den Personalschlüssel entsprechend, um benachteiligte Kinder individuell fördern zu können; das gilt auch für die Schulen vor Ort.

Die SPD wird das Kita-Angebot sowohl quantitativ als auch qualitativ verbessern. Quantitativ, in dem wir nach dem Motto „starke Steine für kurze Beine“ in den (Aus-) Bau von Kitas investieren und die Öffnungszeiten entsprechend den Anforderungen von berufstätigen Eltern ausweiten; qualitativ, in dem wir die Ausbildung von Erzieher\*innen ausweiten und ihre Qualifikation weiter erhöhen sowie durch eine höhere Eingruppierung im Tarifvertrag der Länder und Kommunen einen Anreiz schaffen, sich zu Erziehenden ausbilden zu lassen. Die Ausbildung muss dabei selbstverständlich vom Arbeitgeber bezahlt werden.

Um der Segregation in den Städten entgegenzuwirken, führen wir einen lokal zu berechnenden Diversitätsschlüssel ein, der von allen Trägern verpflichtend einzuhalten ist (von öffentlichen Trägern genauso wie von kirchlichen oder privaten). Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass öffentliche Kitas und Schulen die gesamte Wucht der Segregation zu tragen haben, während sich oft nur wenige Meter entfernt Träger anderer Schulen der gesellschaftlichen Verantwortung entziehen und Eliten dabei helfen, die eigenen Bildungschancen generationenübergreifend zu reproduzieren; finanziert vom Staat. Eine soziale Vielfalt ist von allen Kita- und Schulträgern einzuhalten und voranzutreiben.

Längst ist erwiesen, dass eine Entscheidung über den weiteren Bildungsweg am Ende der Grundschulzeit, für viele Kinder viel zu früh kommt und insbesondere die Bildungschancen von Kindern aus schwächeren Milieus senkt.

## 3. Mehr Flexibilität durch neues Lernen: ein systemischer Bildungsansatz

Jedes Kind hat Talente. Jedes Kind hat andere Talente. Für uns erschöpft sich eine gute Ausbildung deshalb nicht nur in der Vermittlung von Sprachkompetenzen oder naturwissenschaftlichem Wissen. Musische, handwerkliche oder sportliche Fähigkeiten und soziale Kompetenzen haben für uns eine gleichrangige Bedeutung und sind im Lehrplan und der Notengewichtung gleich zu behandeln.

Jedes Kind entwickelt sich anders. Deshalb wollen wir bedarfsgerechte Lernformen etablieren, die auf die individuellen Fähigkeiten und Neigungen der Schüler\*innen Rücksicht nehmen – und allen die Chance auf eigene, individuelle Entwicklung geben.

Dazu gehört für uns auch, das gesamte Schulsystem nach der 10. Klasse durchlässiger zu machen. Jugendliche und junge Erwachsene, die ihr Potenzial erst später entfalten oder durch familiäre bzw. sozioökonomische Strukturen daran gehindert werden, schon nach der 10. Klasse den Weg zu einem Hochschulabschluss einzuschlagen, sollen auch nach einer eventuellen Berufsausbildung oder einem anderweitigen Schulweg komplikationsfrei die Möglichkeit erhalten, die Hochschulreife zu erlangen. Sie sollen sich (bis zum Alter von 25 Jahren und bei Eignung) jederzeit wieder ab einer elften Klasse in einer Schule anmelden können, um die Hochschulreife zu erwerben.

## 4. Eltern Sicherheit geben: Das Schüler-BAföG stärken

Eine SPD-geführte Regierung wird dafür die finanziellen Voraussetzungen schaffen. Schülerinnen und Schüler aus finanziell schwächer gestellten Familien erhalten unabhängig von der Schulform (Berufsfachschule, Fachoberschule, Gymnasialzweig etc. pp.) ein Schüler\*innen-BAföG, das auch bei höheren Fachschulen und Akademien nicht als Darlehen vergeben wird und

nicht zurückzahlen ist. Wer einen höheren als den bereits erworbenen Abschluss anstrebt, hat auch einen Anspruch auf (reduziertes) BAföG, wenn er/sie noch bei den Eltern wohnt.

#### 5. Mehr Sicherheit für junge Erwachsene: Hochschulbarrieren niederreißen

Kinder aus Familien ohne akademischen Hintergrund tun sich aus vielen Gründen schwer mit dem „System“ Hochschule. Sie kennen weder die spezifischen Arbeits- und Lernformen von zu Hause, „fremdeln“ mit der Hochschulkultur, weil sie die dort vorherrschenden kulturellen Codes nicht kennen, und stammen oft auch aus finanziell schlechter gestellten Haushalten.

Um ihre vorhandenen geistigen, musischen oder sportlichen Fähigkeiten entwickeln zu können, bedürfen sie deshalb einer besonderen finanziellen und persönlichen Förderung, mit der sie finanzielle, psychologische, kulturelle und mentale Barrieren überwinden können.

Familien ohne akademischen Hintergrund können nicht abschätzen, ob sich BAföG als (zur Hälfte gewährtes) Darlehen lohnt. Woher auch? Für sie unterscheidet sich BAföG nicht von jedem anderen Kredit, wenn auch zinslos. Wo das Geld aber knapp ist, wollen viele Eltern kein unkalkulierbares finanzielles Risiko eingehen. Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass das BAföG für Kinder aus finanziell schwach gestellten Haushalten wieder als Vollzuschuss gewährt wird – auch bei bis zu zwei Studienwechseln. Wir wollen den Eltern die Sicherheit geben, dass ihr Kind es ohne finanzielles Risiko schaffen kann. Dazu gehört auch, dass der BAföG-Satz dem Studienort angepasst und elternunabhängig wird. Die Lebenshaltungskosten in München, Heidelberg und Konstanz unterscheiden sich gravierend von denen in Wismar, Bochum oder Frankfurt an der Oder.

Damit Kinder aus nicht-Akademiker-Haushalten sich besser im System Hochschule zurecht finden, erhalten sie die Möglichkeit sich in einem Einführungs-Semester persönlich betreuen zu lassen. Dazu werden wir ein Tutoriats-System einführen, das sich an ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten orientiert, aber welches durch die Universität gut beworben werden muss, um auch angenommen zu werden.

Da finanziell schlechter gestellte Studierende öfter als andere auf einen Nebenverdienst angewiesen sind und das BAföG an die Regelstudienzeit gekoppelt ist, die unter diesen Voraussetzungen oft nicht einzuhalten ist, schaffen wir die Regelstudienzeit ab.

Ebenso wie den Numerus Clausus: Der Notendurchschnitt des Hochschulreifezeugnisses sagt in der Regel nichts über die spezifischen Talente und Fähigkeiten für ein spezifisches Studienfach aus.

Wer Bildung als den wichtigsten Rohstoff unseres Landes bezeichnet, muss diesen Rohstoff heben und zwar an allen möglichen Stellen und auch dort, wo klassische Bildungsvorstellungen nicht greifen

[1] (Quelle: „Bildung in Deutschland 2018“ [nationaler Bildungsbericht]: <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2018/pdf-bildungsbericht-2018/bildungsbericht-2018.pdf>; abgerufen am 28. April 2019).

[2] Alle Zahlen: Bildungstrichter 2018 des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung [DZHW]

[3] Auswertung der PISA-Studie: PISA 2000. Zusammenfassung zentraler Befunde; Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, 2001